

## **Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU-neue Mitgliedsstaaten:**

# **SLOWENIEN**

**Dr. Werner T. Bauer**  
Wien, April 2004

# INHALTSÜBERSICHT

1. Allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung .....	3
2. Abfall.....	3
3. Bildung .....	5
3.1. Vorschulen ( <i>vrtci</i> ).....	5
3.2. Regelschulen.....	5
3.3. Hochschulen.....	6
4. Energie.....	6
5. Gesundheit.....	7
6. Kultur .....	8
7. Medien.....	9
7.1. Printmedien.....	9
7.2. Rundfunk .....	10
7.2.1. Radio.....	11
7.2.2. Fernsehen.....	11
8. Pensionen.....	12
9. Post.....	12
10. Sicherheit.....	13
11. Telekommunikation.....	13
12. Verkehr .....	14
13. Wasser .....	14
14. Wohnen.....	15
15. Quellennachweis .....	17
16. Internetlinks .....	17

# Slowenien

## 1. Allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung

Slowenien grenzt im Westen an Italien und die Adria, im Norden an Österreich, im Nordosten an Ungarn und im Süden an Kroatien. Das nur etwa 20.000 km<sup>2</sup> große Land zählt knappe 2 Mio. Einwohner.

Von den 6 Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawien hat Slowenien das mit Abstand beste Los gezogen, da es kaum in die kriegerischen Auseinandersetzungen im Zuge des Zerfalls Jugoslawiens verstrickt wurde. Dies ist v.a. auf die Homogenität der Bevölkerung zurückzuführen, aber auch auf die sehr frühe Loslösung von Belgrad. Erste demokratische Wahlen fanden bereits im April 1990 statt, und am 25. Juni 1991 folgte die formelle Unabhängigkeitserklärung. Die völkerrechtliche Anerkennung, unterstützt v.a. von Deutschland und Österreich, wurde am 15. Januar 1992 von allen EU-Staaten ausgesprochen.

Der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident Sloweniens war *Lojze Peterle*. Während seiner Amtszeit (1990-1992) erlangte Slowenien die Selbstständigkeit und begann mit wirtschaftlichen und sozialen Reformen. *Peterles* Nachfolger war *Janez Drnovšek* (seit April 1992, 1996 und 2000 wiedergewählt). Nach *Drnovšeks* Wahl zum Staatspräsidenten übernahm Finanzminister *Anton Rop* (LDS) im Dezember 2002 das Amt des Regierungschefs. Die derzeitige Regierungskoalition besteht aus der *Liberaldemokratische Partei* (LDS, 34 Sitze), der *Vereinigten Liste – Sozialdemokraten* (ZLSD, 11), der *Slowenischen Volkspartei* (9) und der *Demokratischen Partei der Rentner Sloweniens* (DeSUS, 4).

Die Wirtschaft hat sich seit der Unabhängigkeit des Landes stetig positiv entwickelt, weshalb Slowenien neben Ungarn und Zypern bereits seit längerem als einer der aussichtsreichsten EU-Beitrittskandidaten galt. Die Liberalisierung der Wirtschaft ist allerdings noch nicht besonders weit gediehen. Der Anteil des Staatsbesitzes bei Wirtschaftsunternehmen liegt bei etwa 50% und ist damit höher als in den übrigen Transformationsstaaten; sogar die Touristikindustrie, die etwa 9% des BIP erwirtschaftet, befindet sich fest in staatlicher Hand. Die Privatisierung verläuft also schleppend, was jedoch auch mit dem slowenischen Grundsatz, erst zu sanieren und dann zu privatisieren, in Zusammenhang steht.

Sloweniens Wirtschaftspolitik ist geprägt von ihrer starken Exportorientierung. In den vergangenen Jahren wurde dadurch ein jährliches Wachstum des BIP von 4 bis 5% erreicht. Das Pro-Kopf-Einkommen erreicht mittlerweile jenes der EU-Mitgliedsstaaten Portugal und Griechenland.

Internationale Investoren schätzen die stabile politische Lage und die verhältnismäßig gut ausgebildeten Fachkräfte, halten sich jedoch wegen des kleinen Binnenmarkts etwas zurück. Das Land versucht sich deshalb als idealer Brückenkopf für Geschäfte in Südosteuropa zu positionieren. Die wichtigsten ausländischen Investoren sind Österreich (1,53 Mrd. US\$), Frankreich (386 Mio. US\$) und Deutschland (354 Mio. US\$).

Slowenien gilt unter Wirtschaftsexperten als das einzige der mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer, das innerhalb des nächsten Jahrzehnts das durchschnittliche BIP der bisherigen EU-Mitgliedsstaaten erreichen wird.

## 2. Abfall

Das Abfallmanagement gehört, gemeinsam mit der Trinkwasserversorgung, der Abwasserentsorgung und der Straßenreinigung, zu jenen öffentlichen Dienstleistungen, mit denen die autonomen Gemeindeverwaltungen betraut sind; in der Mehrzahl der Fälle werden alle vier Dienstleistungen von einem Unternehmen angeboten. Die meisten dieser Betriebe befinden sich im Besitz der jeweiligen Gemeinde, nur wenige sind ganz oder teilweise in Privatbesitz.

Durch die slowenische Gemeindereform von 1994 und die damit verbundene Erhöhung der Anzahl der unabhängigen Gemeinden und Gemeindeverbände von 60 auf 192 erhöhte sich

auch die Zahl der kommunalen Versorgungsbetriebe. Beklagt wird nun, dass es zu wenig Zusammenarbeit auf interkommunaler Ebene und zu viele kleine, ineffiziente und unökonomische Betriebe gebe. Seit 2000 liegt die nun freiere Preisgestaltung ebenfalls im autonomen Ermessen der Gemeinden.

In der slowenischen Abfallwirtschaft bestehen erhebliche Defizite, die in den kommenden Jahren ausgeglichen werden müssen. Die Hausmüllmengen haben in den letzten Jahren infolge der Verstädterung und eines insgesamt gestiegenen Lebensstandards mit verändertem Konsumverhalten erheblich zugenommen, wobei die Abfallmenge pro Kopf immer noch unter dem EU-Durchschnitt liegt.

Das Gefahrenpotential wird in großen Teilen der Bevölkerung, aber auch von Seiten der Politik und Wirtschaft – besonders die Kohlekraftwerke verursachen große Mengen an Asche- und Schlackerückständen – nicht in seiner gesamten Tragweite gesehen, so dass z.B. Maßnahmen zur Mülltrennung und die Planung von Verbrennungsanlagen politisch schwer durchzusetzen sind. Bei weiterhin steigenden Müllbergen stellen häufig veraltete, unsichere und oftmals illegale Deponien noch immer die einzige Möglichkeit der Entsorgung dar. Diese entsprechen nur selten den technischen und ökologischen Anforderungen. Es wird zudem erwartet, dass ihre Kapazitäten bei unveränderter Entwicklung innerhalb weniger Jahre erschöpft sein werden. Bislang existieren allerdings keine kommunalen Müllverbrennungsanlagen; die Errichtung derartiger Anlagen ist über das Planungsstadium nicht hinausgelangt.

Es werden auch bei weitem nicht alle Privathaushalte von einem funktionierenden Abfallsammelsystem erfasst. Erst Mitte 2003 wurde im Stadtgebiet von *Ljubljana* mit der Mülltrennung und -sortierung begonnen. Die Regierung setzt jetzt auf den Bau überregionaler Abfallzentren. Auch die Entwicklung eines Recyclingsystems geht in Slowenien nur langsam voran. 1999 haben mehrere multinationale und einige slowenische Unternehmen den Industrieverband für Verpackungsabfall *ODEM GIZ* gegründet. Seine Mitgliederzahl wächst zwar stetig – bislang sind 60% der Verpackungsindustrie in dem Verband vereinigt –, und 2002 gründete der Verband sogar eine eigene Verwertungsorganisation, *SLOPAK*. *SLOPAK* möchte ein Recyclingsystem im Sinne des „Grünen Punkts“ gemäß den Richtlinien der im Oktober 2001 verabschiedeten slowenischen Verpackungsverordnung aufbauen. 2004 sollte die Organisation mit der Arbeit beginnen. Finanzielle Schwierigkeiten haben eine Umsetzung des Recyclingsystems bisher allerdings verhindert.

Bis jetzt werden Verpackungen zu nahezu 100% deponiert. Lediglich in einigen Gemeinden sind Sammelstellen eingerichtet worden. Durch die Siedlungsstruktur Sloweniens – viele kleine, verstreute Gemeinden – ist das Sammeln teuer und die „Ausbeute“ gering. Außerdem stellt die Abfalldeponierung immer noch eine derart günstige Entsorgungsalternative dar, dass kaum wirtschaftliche Anreize für die Förderung des Recyclings und der Verwertung von Abfällen gegeben sind.

Längerfristig möchte das slowenische Umweltministerium gemeindeübergreifende Abfallentsorgungszentren errichten, da alle anderen Lösungen aufgrund der Siedlungsstruktur nicht wirtschaftlich wären. Anfang 2002 wurde eine Abfallabgabe eingeführt, welche die Deponiebetreiber entrichten müssen. Diese Gelder sollen in erster Linie zum Bau von etwa 30 regionalen Abfallentsorgungszentren genutzt werden.

Bis zum Jahr 2008 muss Slowenien seine Abfallwirtschaft auf EU-Niveau gebracht haben. Bisher sind auf dem Weg dorthin 1,1 Mrd. € investiert worden, woran sich der private Sektor zu etwa einem Drittel beteiligt hat. Derzeit hat die Frage der Entsorgung gefährlicher Abfälle Priorität, die bis Anfang 2005 zu lösen ist. Da kaum Deponien vorhanden sind, auf denen gefährliche Abfälle gelagert werden können, müssen diese in der Regel in den Industrie-

gebieten provisorisch zwischengelagert werden. Für diese Abfälle existieren einige kleinere Verbrennungsanlagen, die teilweise von den jeweiligen Unternehmen selbst betrieben werden. Der technische Standard dieser Anlagen und die diesbezüglichen Genehmigungs-

und Kontrollverfahren werden als unzureichend angesehen. Der Bau einer zentralen Verbrennungsanlage kommt jedoch – angeblich wegen der zu geringen Abfallmengen – nicht in Betracht.

Gerade bei der Entsorgung von Sondermüll und gefährlichen Abfällen sind private Investoren höchst willkommen. So wurde kürzlich die erste Behandlungsanlage des Landes für Krankenhausabfälle in Betrieb genommen. Im Rahmen eines *Joint-Ventures* zwischen der deutschen *Rethmann Photo Recycling GmbH*, einem bereits in Polen, Tschechien und Ungarn tätigen Spezialisten in der Entsorgung und Verwertung von Photochemikalien und Krankenhausabfällen, und der *Düpmeyer & Associates* wurde in der Hauptstadt *Ljubljana* die landesweit erste Anlage errichtet, in der krankenhausspezifische Abfälle behandelt werden können. Durch die Akquisition von Krankenhausabfällen in ganz Slowenien soll die Auslastung der Anlage sichergestellt werden. Ebenfalls in Slowenien engagiert ist auch die steirische *Saubermacher Dienstleistungs AG*, die seit 1990 auf den Gebieten der getrennten Abfallsammlung, der Kompostierung von Bioabfällen und der Sammlung von gefährlichen Abfällen in verschiedenen slowenischen Gemeinden tätig ist und bereits mit mehreren Preisen ausgezeichnet wurde.

### 3. Bildung

Das slowenische Schulsystem beinhaltet eine acht- (nunmehr neun-)jährige Grundstufe sowie eine vierjährige Gymnasialstufe. Es besteht allgemeine Schulpflicht.

#### 3.1. Vorschulen (*vrtači*)

Das Vorschulwesen gehört zum Kompetenzbereich der Gemeinden; der Besuch erfolgt freiwillig. Die Eltern haben etwa 25–30% der Kosten selbst zu tragen. Derzeit besuchen knappe 60% der slowenischen Kinder unter 6 Jahren eine Vorschule. Ende der 90er-Jahre wurde das slowenische Vorschulwesen neu geregelt. Die Ausbildung zum/r Vorschullehrer/in (*vzgojitelj*) wurde im Zuge der Bildungsreformen um ein Jahr auf eine drei Jahre dauernde Hochschulausbildung ausgeweitet. Anstelle der bisherigen Einteilung in drei Stufen (1–3 Jahre; 3–6 Jahre; 6–7 Jahre = Schulvorbereitung) traten 2 Stufen; die Schulvorbereitung wurde abgeschafft, mit 6 Jahren treten die Kinder nun in die neue 9-jährige Pflichtschule ein. In der ersten Stufe der Vorschule wurde die SchülerInnenhöchstzahl per Gesetz mit 14, in der zweiten Stufe mit 24 festgelegt. Kinder aus sozial bedürftigen Familien genießen einen Vorzug bei der Aufnahme (im Fall der Platzknappheit).

Private Vorschulen müssen alle Voraussetzungen – auch technischer Art – erfüllen, die für öffentliche Einrichtungen gelten; derzeit existieren 14 solcher privater Vorschulen (darunter auch solche, die nach den Prinzipien *Steiners*, *Freinets* oder *Montessoris* unterrichten). Letztere sind jedenfalls verpflichtet, einem gewissen allgemeinen Mindeststandard zu entsprechen – nicht nur, um eine Betriebserlaubnis zu erhalten, sondern auch um finanzielle Zuwendungen von Seiten der Gemeinden zu erhalten. Dies inkludiert eine zumindest halbtägige Betreuung, 2 Klassen und fixes Lehrpersonal. Darüber hinaus müssen sie allen Kindern offen stehen. Private Vorschulen (und auch Schulen) erhalten in diesem Fall 85% des Betrages, den die Gemeinden für öffentliche Institutionen aufwenden. Übersteigen die LehrerInnengehälter oder die Gebühren eine bestimmte Höhe, so verwirkt die private Einrichtung ihren Anspruch auf öffentliche Förderung.

#### 3.2. Regelschulen

Im Schuljahr 2001/2002 gab es in Slowenien 816 Grundschulen mit knapp 180.000 SchülerInnen und über 16.000 Lehrkräften. Die Zahl der Mittelschulen betrug im gleichen Schuljahr 146 bei über 100.000 SchülerInnen. 98% der slowenischen GrundschülerInnen setzen ihren

Bildungsgang an einer Mittelschule fort. In Sonderprogrammen können SchülerInnen mit Grundschulabschluss auch eine zweieinhalbjährige Berufsausbildung mit Abschluss erhalten. Die vierjährige Mittelschule wird mit dem allgemeinbildenden bzw. mit dem Berufsabitur (Matura) abgeschlossen, welches auch zum Studium an einer Hochschule oder Universität berechtigt.

In den ungarischsprachigen Regionen sind Slowenisch und Ungarisch gleichberechtigt vorgeschrieben, in den italienischsprachigen Gebieten existieren slowenische Schulen (mit Italienisch als verpflichtender erster Fremdsprache) und italienische Schulen mit verpflichtendem Slowenischunterricht.

Etwa 99% aller SchülerInnen in Regelschulen besuchen eine öffentliche Schule. Diese sind zur Gänze staatlich finanziert. Private Schulen, von denen es derzeit nur eine Handvoll gibt, sind den bereits weiter oben beschriebenen Zulassungs- und Finanzierungsbedingungen unterworfen.

Bis 2004 wurde das gesamte Regelschulwesen auf eine allgemeine 9-jährige Pflichtschulzeit (mit 3 Stufen, von 6–9, 9–12 und 12–15 Jahren und Leistungsgruppen) umgestellt.

An die Pflichtschule schließen sich an: ein 4-jähriges Gymnasium (15–19), eine 4-jährige technische Oberschule (beide mit Maturaabschluss und Studienberechtigung) oder dreijährige Fachoberschulen (mit berufsbildnerischer Ausrichtung). Der Besuch der Oberschulen ist frei, allerdings ist die Aufnahme an einen erfolgreichen Abschluss der Pflichtschule gebunden.

### 3.3. Hochschulen

In Slowenien gibt es derzeit zwei wissenschaftliche Hochschulen: zum einen die Universität in der Hauptstadt *Ljubljana*, zum anderen die vorwiegend auf technische Wissenschaften ausgerichtete Universität in *Maribor*, der größten Stadt des östlichen Landesteils. Die Gründung einer dritten Universität für das Küstengebiet (*Primorska*) ist derzeit im Gange.

Von insgesamt 88.100 StudentInnen waren für das Studienjahr 2001/2002 54.312 StudentInnen an der Universität *Ljubljana* eingeschrieben, 28.082 an der Universität *Maribor*. Dazu kamen noch 5.706 StudentInnen an unabhängigen Fakultäten.

Ebenfalls zum tertiären Bildungssektor gehören verschiedene Fachhochschulen (mit Schwerpunkten wie Technik, Management, Touristik, bildende Kunst). Hier ist, wie im übrigen Europa auch, ein gewisser Trend zu privater Fachschulausbildung zu beobachten.

## 4. Energie

Die slowenische Energiewirtschaft beruht auf Braunkohle- (43%) und Wasserkraftwerken (31%) sowie einem Atomkraftwerk (26%) in *Krško*, das sich im gemeinsamen Eigentum mit Kroatien befindet. Die Sicherheit dieses 1983 errichteten Kernkraftwerks, dessen Laufzeit mit 2023 limitiert ist, ist dem derzeitigen Sicherheitsniveau westeuropäischer Kernkraftwerke vergleichbar.

Im Zuge der Vorbereitungen auf den EU-Beitritt des Landes wurde die Öffnung des Energiebinnenmarktes in die Wege geleitet, die unter anderem die Einrichtung einer unabhängigen Regulierungsbehörde beinhaltet. Der Elektrizitätsbinnenmarkt wurde im April 2001 teilweise liberalisiert, sodass etwa 7.000 Großverbraucher (die etwa 66% des Strombedarfs darstellen!) ihren Strom nicht mehr bei *Elektro-Slovenija* beziehen müssen, sondern ihren Versorger frei wählen können. Seit 2002 ist dieser Markt auch für ausländische Energieanbieter geöffnet. Die Großverbraucher haben davon profitiert; ob dies für die gesamte slowenische Wirtschaft zutrifft, ist noch fraglich. Die Marktliberalisierung erstreckt sich seit Anfang 2003 auch auf private Haushalte. Die slowenischen Strompreise liegen immer noch deutlich unter dem EU-Schnitt. Bisher ist es bei den privaten Verbrauchern zu keinen signifikanten Preisanstiegen gekommen, allerdings wird im Zuge des EU-Beitritts ein deutlicher Anstieg der Energiepreise erwartet.

Slowenien besitzt nur geringe Erdölvorräte, die von der halbstaatlichen *Nafta Lendova* gefördert und weiterverarbeitet werden. Der Großteil des Erdölbedarfs muss durch Importe gedeckt werden. Ähnliches gilt für Erdgas; das staatliche Monopolunternehmen *Geoplin* ist für den Import (v.a. aus Russland) und den Vertrieb des Gases zuständig. Gas trägt derzeit nur zu etwa 13% zur Energieversorgung des Landes bei – was deutlich unter dem EU-Schnitt von 23% liegt. Die slowenische Regierung plant deshalb auch eine Erhöhung des Gasverbrauchs um etwa zwei Drittel bis zum Jahr 2015 (und damit eine Reduktion der umweltbelastenden Kohle). Der Gassektor wurde 2003 für Großabnehmer liberalisiert. Gegenwärtig gibt es etwa 20 Großkunden (50% des Gasbedarfs!), die ihren Versorger frei wählen können – allerdings sind die meisten noch bis 2007 durch Verträge an ihren Versorger gebunden. Auf dem Gebiet der Kohle ist das Land weitgehend autark (5,3 Mio. Tonnen Förderung gegenüber 0,5 Mio. Tonnen Importen).

Es gibt insgesamt 8 große Wasserkraftwerke an der *Drava*, die allesamt von *Dravske Elektrarne* betrieben werden, das seit 2002 zur *Slovenske Hidroelektrarne*-Holding gehört. Diese Kraftwerke decken etwa 37% des gesamten Energiebedarfs im Sommer und 20% im Winter. Zwei weitere Unternehmen, die ebenfalls der Holding angehören, betreiben die Wasserkraftwerke an der *Soca* (*Soske Elektrarne*) und der *Sava* (*Savske Elektrarne*). Darüber hinaus existieren zahlreiche kleine, zumeist allerdings hoffnungslos veraltete Wasserkraftwerke. An der unteren *Sava* sollen in den nächsten Jahren deshalb 5 neue Kraftwerke errichtet werden; Betreiber ist *Sava*, ein slowenisch-österreichisches *Joint-Venture*.

Weitgehend unterentwickelt (derzeit etwa 2%) ist der übrige Bereich erneuerbarer Energien (Biomasse, geothermale und solare Energie, Müllverbrennung); allerdings gibt es ehrgeizige Pläne der slowenischen Regierung, diesen Bereich in den nächsten Jahren stärker zu fördern, weshalb 2002 auch besondere steuerliche Anreize eingeführt wurden.

Der gesamte Energiebereich, inklusive Produktion und Vertrieb, befindet sich (noch) in staatlicher Hand. Eine (teilweise) Privatisierung wird derzeit geprüft. Allerdings möchte sich die Regierung in jedem Fall eine 51-prozentige Mehrheit vorbehalten.

## 5. Gesundheit

Die demographische Situation Sloweniens ist durch niedrige Geburtenzahlen (13,1/1000 im Jahr 1985; 8,8/1000 im Jahr 1999) und ein überaus geringes Bevölkerungswachstum (derzeit sogar negativ) bei gleichzeitiger Überalterung der Bevölkerung (Lebenserwartung 71,3 Jahre bei Männern und 78,8 Jahre bei Frauen) gekennzeichnet.

Das slowenische Gesundheitswesen ist immer noch sehr stark zentralisiert, die Gemeinden spielen nur eine untergeordnete Rolle. Es besteht Versicherungspflicht beim 1992 gegründeten *Health Insurance Institute of Slovenia (HIIS)*. Diese nicht gewinnorientierte öffentliche Krankenversicherungsanstalt ist selbstverwaltet und verfügt über 10 Regional- und 46 Lokalbüros.

85% der Finanzmittel stammen aus Krankenversicherungsbeiträgen. Arbeiter und Angestellte bezahlen für sich und ihre mitversicherten Familienmitglieder einen ihrem Einkommen entsprechenden Beitrag (13,45% inklusive Arbeitgeberanteil). Bauern, Kleingewerbetreibende und Pensionisten tragen wesentlich weniger bei – was bereits Anlass zahlreicher politischer

Kontroversen war. Arbeitslose sind über das *Nationale Institut für Arbeit* versichert. Größere Investitionen (v.a. im sekundären und tertiären Bereich) stammen aus dem allgemeinen Staatshaushalt. Außerdem sind die Gemeinden befugt, lokale Steuern für den Unterhalt der lokalen Gesundheitszentren zu erheben. Relativ stark gestiegen ist der Anteil der privaten Zusatzversicherungen (1,5% im Jahr 1991, 11,6% im Jahr 1998) und der privaten Ausgaben zum Gesundheitswesen.

Bei der Einführung von Zusatzversicherungen zu Beginn der 90er-Jahre gab es zwei konkurrierende Anbieter: den Pflichtversicherer *HIIS* (bzw. eine Tochterfirma) und die private Versicherungsgesellschaft *Adriatic Insurance Company*. Mittlerweile gibt es mehrere private

Anbieter, *HIS* ist aber der unangefochtene Marktleader. Heute sind mehr als 1,4 Mio. Slowenen, also ein großer Teil der Bevölkerung, zusatzversichert (davon über 1,2 Mio. bei *HIS*).

Die primäre Gesundheitsversorgung wird v.a. durch Gesundheitszentren (1999: 64) und – in kleineren Gemeinden – Gesundheitsstationen (1999: 69) gewährleistet. Daneben gibt es allerdings auch eine immer größer werdende Anzahl privat niedergelassener Ärzte (z.T. in Gemeinschaftspraxen). Die meisten dieser Ärzte besitzen Kassenverträge. Von den 1.458 zwischen 1992 und 1999 privat niedergelassenen Ärzten besaßen 959 einen Vertrag mit einer der 10 regionalen Kassen. Beim Großteil der verbleibenden Ärzte ohne Kassenvertrag handelt es sich um Zahnärzte.

Einige öffentliche Gesundheitszentren gerieten durch die Konkurrenz der Privaten in den letzten Jahren in arge Schwierigkeiten, weshalb die Regierung sich dazu entschloss, vom Zusperrten bedrohte Gesundheitszentren an Private zu vermieten. Allerdings ist die anfängliche Begeisterung der Slowenen für „private“ Ärzte in den letzten 5 Jahren Umfragen zufolge stark zurückgegangen.

Die fachärztliche Betreuung (sekundärer Bereich) findet in regionalen Spitälern, Spezialkrankenhäusern, Ambulanzen oder bei privat niedergelassenen Spezialisten statt. Die insgesamt 26 staatlichen Spitälern (9 regionale und 3 lokale allgemeine Kliniken, das Universitätsspital in *Ljubljana*, 12 Spezialkliniken sowie ein onkologisches Zentrum) tragen etwa 75% der sekundären Pflege. Privatspitälern sind noch rar und umfassen derzeit landesweit nur etwa 50 Betten (z.B. eine Klinik für plastische Chirurgie). Private Investoren in neu zu errichtenden Spitälern sind zwar grundsätzlich willkommen, bisher sind solche Investitionen allerdings noch ausgeblieben.

Die Bettenzahl ist von 5/1000 im Jahr 1990 auf 4,6/1000 im Jahr 1998 gesunken. Trotz der – mit anderen europäischen Ländern durchaus vergleichbaren – prekären Situation des slowenischen Gesundheitswesens kam es bislang zu keinen Spitalsschließungen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer konnte allerdings von 12 Tagen im Jahr 1987 auf 8,6 im Jahr 2001 gesenkt werden. Die Gesundheitsausgaben Sloweniens belaufen sich auf 8,2% des BIP (2001). 17,8% aller Gesundheitsausgaben entfallen auf Medikamente.

## 6. Kultur

Kultur als ein Instrument der Identitätsfindung besitzt für Slowenien traditionell einen großen Stellenwert. Deshalb besaßen die Künstler selbst während des kommunistischen Regimes relativ große Freiräume. Die zentrale Rolle des Staates im Kulturbereich ist sogar in der neuen slowenischen Verfassung festgeschrieben. Der besonders kleine slowenische Markt lässt eine „normale“ Entwicklung dieses Sektors auch nach Einschätzung von Experten kaum zu, weshalb öffentliche Förderungen auch in Zukunft einen besonderen Stellenwert einnehmen werden. Allerdings sind derzeit noch viele Prozesse, so v.a. auch die Vergabe der öffentlichen Mittel, kompliziert und führen sowohl in der Kulturszene als auch innerhalb der Verwaltung häufig zu Frustrationen.

Innerhalb der slowenischen Regierung wird Kulturpolitik von zwei Ministerien verwaltet, dem *Ministerium für Schule, Wissenschaft und Sport* und dem *Ministerium für Kultur*. Entsprechend der Verwaltungseinteilung untergliedern sich die öffentlichen Kultureinrichtungen Sloweniens in solche, welche sich in nationaler Trägerschaft und solche, welche sich in kommunaler Trägerschaft (v.a. lokale Museen, Büchereien und gegebenenfalls kulturelle Einrichtungen ethnischer Minderheiten) befinden. Hinzu kommen noch sogenannte regionale Kulturbetriebe (hauptsächlich Regionalmuseen, Regionalbibliotheken etc.), die aufgrund ihrer regionalen Bedeutung anteilmäßig von größeren Gemeinden oder mehreren Gemeinden gemeinsam getragen werden. Darüber hinaus existiert eine reichhaltige unabhängige Kulturszene. Auch Kulturvereine und Amateure spielen traditionellerweise eine wichtige Rolle im slowenischen Kulturleben. Im Jahr 2002 gab es insgesamt 2250 Kulturvereine mit nicht weniger als 80.000 Mitgliedern, die sich v.a. der nicht-institutionalisierten Kultur annahmen (Chöre, Musikgruppen etc.). Nach einem 1996 verabschiedeten Gesetz ist die Förderung

dieser Vereine – v.a. dort, wo ihre Tätigkeit über die rein lokale Bedeutung hinausgeht –, eine Aufgabe von öffentlichem Interesse, und wird von den Gemeinden wahrgenommen. In den letzten Jahren hat allerdings auch in diesem Bereich die Bedeutung des privaten *Sponsorship* zugenommen.

Im Jahr 2002 beliefen sich die öffentlichen Kulturausgaben auf 192 Mio. € (= 0,82% des BIP); 64% entfielen auf das Staatsbudget (= 2,1% der Staatsausgaben), 36% auf das der Gemeinden (= 5,7% der Gemeindeausgaben). Von den etwa 125 Mio. € aus dem Staatshaushalt waren etwa 11 Mio. für Investitionen in kulturellen Einrichtungen vorgesehen, 76 Mio. wurden für Projektarbeit ausgegeben und etwa 2,9 Mio. gingen an den *Filmfonds der Republik Slowenien*.

Die Liberalisierung des Kulturbereichs ist gerade in Slowenien ein schwieriger Prozess, weil der starke Einfluss des Staates nicht bloß ein Phänomen der kommunistischen Ära war. Es gibt allerdings einen deutlichen Trend zur Liberalisierung und Privatisierung. So etwa wurden Anfang der 90er-Jahre alle slowenischen Verlage privatisiert, was innerhalb kürzester Zeit zur Einstellung sämtlicher nicht-kommerzieller Aktivitäten führte. In großem Maßstab privatisiert wurden auch Kinos. Außerdem wurden einige steuerliche Anreize und Erleichterungen für Kulturschaffende und Sponsoren ergriffen. Viele private Initiativen und NGOs, die gehofft hatten, unter dem neuen demokratischen Regime besser gefördert zu werden, sahen ihre Hoffnungen allerdings enttäuscht.

Es gibt zur Zeit nur wenige Beispiele von *Public Private Partnership* im Kulturbereich, so z.B. das Kulturzentrum *Festival Brežice*, das 58% seiner Einnahmen aus Sponsorgeldern erzielt oder das regionale Kulturzentrum *Narodni dom Maribor*, das 25% seiner Einnahmen aus Sponsorgeldern erwirtschaftet (26% Ticketverkauf, 40% Gemeindegeld und 9% staatliche Subvention). Eines der erfolgreichsten Projekte auf diesem Sektor ist das jährliche Sommerfestival *Lent*.

## 7. Medien

### 7.1. Printmedien

Bis vor kurzem war die Situation auf dem slowenischen Zeitungsmarkt einzigartig unter den postkommunistischen Reformländern. Anders als z.B. in Ungarn, Polen, Tschechien oder in den baltischen Staaten gab es keinerlei ausländische Investoren. Der slowenische Zeitungsmarkt galt als klein und saturiert, weshalb Neugründungen generell als unprofitabel angesehen wurden.

Dennoch gesellten sich zu den drei „alten“ Tageszeitungen *Delo*, *Dnevnik* und *Vecer* bald drei neue Titel: die Qualitätszeitungen *Slovenec* (1991 als Sprachrohr der politischen Rechten gegründet) und *Republika* (1992 als Organ linker Parteien gegründet) sowie das erste Boulevardblatt des Landes, *Slovenske novice*, das zum *Delo*-Konzern gehört. Während *Slovenec* und *Republika* nach jahrelangem Überlebenskampf wieder eingestellt werden mussten, avancierte *Slovenske novice* binnen kürzester Zeit zur meistgelesenen Tageszeitung des Landes (Auflage 85.000, LeserInnen: 360.000).

Heute gibt es 6 Tageszeitungen und eine extreme Medienkonzentration. Medieneigner sind zumeist halbstaatliche Investmentunternehmen, die im Zuge der Privatisierung entstanden sind und bestimmten politischen Parteien nahe stehen. Das größte dieser Unternehmen ist *Krekova druzba (Delo)* und steht rechts. Der slowenische Staat ist nahezu überall mitbeteiligt.

*Delo* (Auflage 93.000), *Slovenske novice* und ihre gemeinsame Sonntagsausgabe *Nedelo* (70.000) halten etwa 60% des slowenischen Zeitungsmarktes und nahezu 75% des Anzeigenmarktes. Das Verlagshaus *Delo Revije* gibt außerdem 17 Magazine heraus, die gemeinsam mehr als 50% des Magazinmarktes kontrollieren. Der Verlag *Delo* erreicht mit seinen Produkten täglich mehr als 1 Mio. Menschen (bei knapp 2 Mio. Einwohnern).

Zwei weitere Qualitätsblätter sind v.a. regional und halten jeweils etwa 20% des Marktes: *Dnevnik* (65.000) in der Hauptstadt *Ljubljana* und *Vecer* (67.000) in der Nordostregion. Nach 2000 entstanden zwei neue Tageszeitungen, die ausnahmsweise keine politischen Projekte darstellen: die Sportzeitung *Ekipa* (30.000) und das Finanzblatt *Finance* (5.000). Letzteres wurde erst 2001 von der schwedischen *Bonnier AG* mit einer Investition von etwa 3 Mio. € als Tageszeitung relaunched. Die Gesamtauflage aller Tageszeitungen liegt bei etwa 380.000.

Bei den Wochenmagazinen dominieren die politisch konträr ausgerichteten *Mladina* und *Mag*; darüber hinaus existieren weitere Magazine unterschiedlichster weltanschaulicher Ausrichtung (u.a. von Seiten der relativ einflussreichen katholischen Kirche). Im Magazinbereich sind ausländische Verlage v.a. durch slowenische Ausgaben internationaler Magazine (wie *Playboy*, *Cosmopolitan* und *Men's Health*) vertreten. Insgesamt gibt es etwa 1.000 Titel mit einer Gesamtauflage von knapp 6 Mio.

## 7.2. Rundfunk

Im Bereich der audiovisuellen Medien wurde der Nationale Rundfunk- und Fernsehrat in die im Juli 2001 gegründete Telekommunikations- und Rundfunkbehörde integriert. Das Mediengesetz wurde im April 2001 verabschiedet. Im September 2001 wurden Änderungen zum Rundfunk- und Fernsehgesetz angenommen, um die slowenischen Rechtsvorschriften an die Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ anzupassen. Im Dezember 2001 wurden zwei Erlässe angenommen, einer über die Methoden und Kriterien für die Aufstellung der Liste der Großereignisse, zu denen die Öffentlichkeit Zugang erhalten muss, und einer über die Kriterien und Voraussetzungen für die Bestimmung der audiovisuellen Produktionen aus Slowenien.

Slowenien hat seine Rechtsvorschriften mit dem Besitzstand im Bereich audiovisuelle Medien weitgehend in Einklang gebracht. Die Abteilung für Medien und audiovisuelle Kultur des Kulturministeriums ist nicht nur für die Verwaltungsaufsicht und -kontrolle zuständig, sondern auch für die Ausarbeitung und Umsetzung der Rechtsvorschriften im Bereich audiovisuelle Medien. Sie überwacht außerdem die Umsetzung des Gesetzes über die Massenmedien.

Nach dem Gesetz gibt es drei verschiedene Typen von Rundfunkbetreibern: nicht-kommerzielle nationale, nicht-kommerzielle regionale und kommerzielle. Der öffentlich-rechtliche *RTV Slovenija* ist mit 2.200 Angestellten das größte Medienunternehmen des Landes und besteht aus 6 Einheiten: *Radio Slovenija* (mit 3 landesweiten Radioprogrammen), *Radio Maribor* (für den Nordosten des Landes), *Radio Koper* (mit einem Programm in italienischer und einem in slowenischer Sprache), *TV Slovenija* (mit 2 landesweiten Fernsehprogrammen), *TV Koper* (mit Regionalprogrammen in Italienisch und Slowenisch) und dem technischen Dienst (der sowohl für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als auch für die Privaten zuständig ist). Außerdem produziert *RTV Slovenija* Radio- und Fernsehprogramme für die slowenischen Minderheiten in den Nachbarländern und fremdsprachige Programme (v.a. für Touristen).

Der Rat von *RTV Slovenija* besteht aus 25 Mitgliedern; 5 von ihnen werden vom Parlament ernannt (nach der Stärke der im Parlament vertretenen Parteien). Je ein Mitglied wird von der italienischen und der ungarischen Minderheit ernannt, weiters je eines von den Universitäten in *Ljubljana* und *Maribor*, von der Akademie für Kunst und Wissenschaften, der Vereinigung der Filmproduzenten, der Vereinigung der Musiker und jener der Komponisten, der Vereinigung der Schriftsteller und jener der Schauspieler, der Vereinigung der Kulturorganisationen, der Journalistenvereinigung, der Behindertenorganisation, dem Nationalen Olympischen Komitee, der Vereinigung der Arbeitgeber, des Bauernverbandes, der Pensionistenvereinigung, der Gewerkschaften, dem Jugendrat und der Religionsgemeinschaften. Obwohl diese korporatistische Struktur die Unabhängigkeit von *RTV Slovenija* garantieren soll, ist der politische Einfluss de facto sehr groß.

Nach dem Auftreten kommerzieller Radio- und TV-Programme in den 90er-Jahren geriet der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch in Slowenien in die Defensive. Es sind mehrere Fak-

toren, die zur Benachteiligung der nicht-kommerziellen Sender führen: zum einen die Auflage, dass 40% des Programms für Nachrichten sowie für Kultur, Kunst und Erziehung reserviert sein müssen; weiters die Beschränkung der Werbezeiten. Nach dem Mediengesetz von 1994 darf der Anteil der Werbung und anderer bezahlter Ankündigungen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk 15% der täglichen Sendezeit nicht überschreiten, jener der reinen Werbung 10% der täglichen Sendezeit und 12 Minuten pro Programmstunde. Zwischen 18 und 23 Uhr gibt es darüber hinaus eine Beschränkung auf 9 Minuten pro Sendestunde. Außerdem dürfen nicht-kommerzielle regionale Sender nicht mehr als die Hälfte des slowenischen Staatsgebietes mit ihren Programmen versorgen.

Private sind dagegen nur wenigen Beschränkungen unterworfen: Einzelpersonen (und ausländische Betreiber) dürfen nicht mehr als 33% eines und nicht mehr als 10% weiterer Unternehmen halten. 10% des Programms sollen Eigenproduktionen sein. Werbung ist während der Nachrichtensendungen sowie während Dokumentationen, Kinder- und religiösen Programmen verboten (allerdings nur, sofern diese weniger als 30 Minuten dauern); zwischen zwei Werbeblöcken müssen 20 Minuten Programm liegen. Darüber hinaus gibt es jedoch keinerlei Beschränkung der Werbezeit und keinen Kultur-, Bildungs- oder Informationsauftrag. Die Kontrolle der Privaten erfolgt überaus nachlässig; trotz mehrerer eklatanter Verstöße gegen die ohnedies geringen Auflagen kam es bisher zu keinem einzigen Lizenzentzug.

*RTV Slovenija* finanziert sich durch Gebühren (von allen Radio- und TV-Besitzern) und durch Werbung. Die Radio- und Fernsehgebühr beträgt 10,78 € monatlich. Im Jahr 2000 verteilten sich die Einkünfte von *RTV Slovenija* wie folgt: Gebühren 66,5%, Werbung 18,9%, andere kommerzielle Einkünfte 7,6%, Kofinanzierungen 4,7%, staatliche Zuschüsse 1,4%.

### 7.2.1. Radio

Es gibt mittlerweile 70 verschiedene Radiostationen, davon sind 9 öffentlich-rechtliche, 23 nicht-kommerzielle lokale Sender und 2 nicht-kommerzielle Studentensender. Der Rest (36 Sender) ist kommerziell, wobei die erfolgreichsten Privatsender etwa 5% Reichweite erzielen.

*Radio Slovenija* erreicht mit seinen drei landesweiten Programmen, den beiden Minderheitenprogrammen, den Regionalprogrammen und seinem fremdsprachigen Sender einen durchschnittlichen Marktanteil von 24,3% (in Spitzenzeiten 42,6%).

### 7.2.2. Fernsehen

Im November 1990 startete das erste private TV-Programm, *Kanal A*; weitere private Sender folgten – allerdings blieben sie alle auf ein kleines Sendegebiet beschränkt. Ihre Budgets waren bescheiden, die Programme bestanden zumeist aus billiger Massenware. *Kanal A* beendete das Jahr 1995 mit Verlusten von 2,4 Mio. US\$.

Die Situation änderte sich erst mit dem Auftreten von *POP TV* im Dezember 1995; hinter *POP TV* stand die US-amerikanische *Central European Media Enterprises (CME)*, die bereits in einer Reihe von Reformstaaten vertreten war. *POP TV* ist übrigens nicht als Rundfunkstation registriert, sondern kauft Frequenzen von lokalen Betreibern zu und kann damit etwa 70% des slowenischen Staatsgebietes abdecken. *POP TV* startete betont aggressiv und sendet neben amerikanischen Serien und *B-Movies* auch eigene Shows und Nachrichtenprogramme.

Im Windschatten von *POP TV* startete zur selben Zeit der Sender *TV3*, deren Haupt-eigentümer die katholische Kirche ist und der mit einem der größten Zeitungsverlage des Landes (*Delo*) liiert ist. Obwohl Slowenien ein betont katholisches Land ist, hielt sich der Erfolg von *TV3* in Grenzen (nur 3% Reichweite). *Central European Media Enterprises* konnte mit *POP TV* hingegen sofort bedeutende Marktanteile erobern und startete 1997 ein zweites Programm namens *Gajba TV*. Im selben Jahr stieg *Scandinavian Broadcasting System (SBS)* bei *Kanal A* ein, was eine Steigerung des Marktanteils auf 10% zur Folge hatte.

*RTV Slovenija* musste 1997 einen Verlust von 10% bei den Werbeeinnahmen hinnehmen. Infolge hoher Personalkosten und Missmanagements erwirtschaftete der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch in den folgenden Jahre bedeutende Verluste.

1999 verkündete *SBS (Kanal A)* die Absicht, *POP TV* von *CME* übernehmen zu wollen. Dazu kam es zwar nicht, allerdings tauschten die beiden Eigentümer ihre slowenischen und ungarischen Beteiligungen ab. *SBS* verkaufte *Kanal A* an *CME*, während *CME* sein ungarisches Fernsehen an *SBS* verkaufte. Damit kontrollierte *CME* die drei wichtigsten privaten Fernsehsender (*POP TV, Gajba TV and Kanal A*), also praktisch das gesamte Privatfernsehen des Landes. Bald darauf wurde der Beschluss gefasst, *Gajba* einzustellen; Programme und Belegschaft von *Gajba* wurden zu *Kanal A* transferiert, dessen Personal zum Großteil gefeuert.

Derzeit hält *POP TV*, das mittlerweile auch Nachrichtenprogramme für diverse Privatradios produziert, bei 40%, *Kanal A* bei 15%; den 2. und den 4. Platz nehmen die öffentlich-rechtlichen Sender *SLO 1* und *SLO 2* ein, deren Programme sich bereits stark an jene der Privaten angepasst haben. Bemerkenswert ist, dass alle Sender in den roten Zahlen sind, was immer wieder den Ruf nach weiteren Kostensenkungen und Entlassungen laut werden lässt. Außerdem kommt es, trotz gegenteiliger EU-Auflagen, zu einem immer stärkeren Rückgang der teureren Eigenproduktion auf Kosten billiger Massenware.

## 8. Pensionen

Die grundlegende Reform des slowenischen Pensionssystems war eine der Bedingungen, welche die EU für einen Beitritt Sloweniens formuliert hatte. 1992 war in Slowenien ein neues Pensionsgesetz verabschiedet worden; 1999 wurde das System – nach jahrelangem erbitterten Widerstand der kleinen, aber relativ einflussreichen „Rentnerpartei“ *DeSUS* – neuerlich reformiert und auf ein 3-Säulen-Modell nach dem Vorbild der Schweiz und verschiedener skandinavischer Staaten (mit betrieblicher Vorsorge und Privatvorsorge) umgestellt, das im Jahr 2000 in Kraft trat.

Durch die Reform wurde das Pensionsantrittsalter für Männer auf 63, jenes für Frauen auf 61 erhöht (mit Sonderregelungen für Personen, die bereits mehr als 40 bzw. 35 Beitragsjahre nachweisen können). Im Laufe der nächsten Jahre soll das Pensionsantrittsalter schrittweise auf 65 Jahre für Männer und 63 Jahre für Frauen (bei 40 bzw. 38 Beitragsjahren) heraufgesetzt werden.

Ebenfalls erhöht wurde der Berechnungszeitraum (von 10 auf 18 Jahre); gesenkt wurde hingegen die bis dato jährliche Pensionsanpassung von 2% auf 1,5%. Abschläge wurden für FrühpensionistInnen bzw. bei fehlenden Beitragsjahren eingeführt. Zuschläge gibt es hingegen bei längerer Lebensarbeitszeit. Insgesamt handelt es sich also um deutliche Einschnitte; die durchschnittliche Pension fiel bereits im Jahr 2002 von 76,1% des durchschnittlichen Einkommens (2001) auf nur noch 73,3%. Gleichzeitig erhöhte sich das durchschnittliche Antrittsalter sowohl bei Männern als auch bei Frauen leicht. Private Pensionsversicherer vermelden Zuwächse, wobei nach der noch ausstehenden Pensionsreform für Beamte ein weiterer, deutlicher Anstieg zu erwarten ist.

## 9. Post

Slowenien besitzt einen relativ gut entwickelten Postdienst: ein Postamt je 3.529 Einwohner (EU-Schnitt: 1/ 4943) bzw. 36,7 km<sup>2</sup> (EU-Schnitt: 66.2 km<sup>2</sup>).

Mit dem Postgesetz von 1997 wurden die slowenischen Rechtsvorschriften teilweise mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand in Einklang gebracht, allerdings waren zur vollständigen Liberalisierung der Postdienste noch weitere Schritte erforderlich. Daher verabschiedete das slowenische Parlament im April 2002 ein neues Postgesetz. Es ermöglicht die Angleichung an den gemeinschaftlichen Besitzstand durch eine Reihe von Maßnahmen zur Liberalisierung des Postmarkts und wahrt gleichzeitig das Prinzip der Gleichbehandlung und des gleichberechtigten Zugangs zu öffentlichen Postdiensten. Mit diesem Gesetz wird das Wirkungsgebiet universeller Postdienste ausgedehnt. Im Anschluss an dieses Gesetz wurde

im Juni 2002 ein Erlass angenommen, mit dem innerhalb der bestehenden Telekommunikations- und Rundfunkbehörde eine unabhängige Regulierungsbehörde für Postdienste geschaffen wird.

Die Agentur für Telekommunikation, Rundfunk und Post (ATRP) übt nun die Kontrolle über den liberalisierten Markt aus. Das Monopol der staatlichen Post ist damit beendet. Gleichzeitig wird die Beförderung und die Zulieferung von Poststücken und Paketen (bis zu einem bestimmten Gewicht) an 5 Wochentagen garantiert. Nach einem Jahr des Übergangs dürfen mittlerweile auch private Postbetreiber ihre Dienste landesweit anbieten. Die staatliche Post hat durch diverse Umstrukturierungen und Personalabbau erstmals seit Jahren die Verlustzone verlassen. In naher Zukunft – einen genauen Termin gibt es allerdings noch keinen – soll die slowenische Post privatisiert werden. Derzeit gibt es – zusätzlich zur staatlichen Post, die weiterhin der einzige Universalanbieter ist – 5 private Postdienste.

## 10. Sicherheit

Die Tatsache, dass – im Gegensatz zu Estland, Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn – bislang keine privaten slowenischen Sicherheitsdienste um die Mitgliedschaft bei der internationalen Dachorganisation *CoEss (Confederation of European Security Services)* angesucht haben, ist wohl ein Indiz dafür, dass dieser Sektor noch relativ unterentwickelt ist.

*CoEss* meldet allerdings, dass Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Slowenien und Malta bereits als mögliche neue Mitglieder kontaktiert worden seien; die Recherchen ergaben, dass große europäische Sicherheitsdienste, wie etwa *Group4Falck*, schon seit längerem in Slowenien tätig sind – allerdings noch in wesentlich geringerem Ausmaß, als in den meisten übrigen (oder künftigen) EU-Mitgliedsstaaten.

## 11. Telekommunikation

Slowenien hat seinen Telekom-Markt relativ langsam und erst relativ spät geöffnet. *Telekom Slovenije* hatte bis Ende 2000 ein Monopol auf die Vermittlung von Gesprächen, aber auch auf die Infrastruktur im Telekommunikationsbereich inne. Dieses Monopol endete am 1.1. 2001. Zugleich wurde die *Deutsche Telekom* (mit 51%) Mehrheitseigentümer des Unternehmens. Wie in anderen Bereichen, spielten auch hier die bei der Vorbereitung auf den EU-Beitritt des Landes notwendig gewordenen Reformen und die von der EU verlangte Anpassung an den gemeinsamen Besitzstand eine entscheidende Rolle.

Insgesamt erhielten nach Beendigung der Monopolstellung von *Telekom Slovenije* 20 Kabelbetreiber eine Lizenz für Lokalgespräche und Internetdienste, und 10 private Betreiber eine Lizenz für Überseegespräche. Drei Konzessionen wurden für die Erbringung von Dienstleistungen nach der DCS-1800-Norm erteilt, und im November 2001 wurde eine einzige UMTS-Lizenz an *TS-Tochter Mobitel* (hält bereits 72% des Mobiltelefonmarktes) erteilt. Außerdem wurden Maßnahmen zur Neugestaltung der Tarife und zur Reduzierung des Zusammenschaltungsentgelts eingeleitet.

Die Penetrationsrate bei den Mobilfunkdiensten erreichte 2002 77%. Es gibt drei GSM-Betreiber, wobei sich aber die *Mobitel* und die *Telekom Austria*-Tochter *SI.MOBIL* den Markt weitgehend teilen. Die Penetrationsrate im Festnetz liegt bei 47% (bzw. 90% der Haushalte). Die Modernisierung des Netzes wurde abgeschlossen, und die Neuordnung der Tarife ist ebenfalls vorangekommen. Slowenien hat damit – so wie Polen, Tschechien, Estland und Ungarn – einen hohen Grad an Liberalisierung im Telekommunikationsbereich erreicht.

Einer der *big player* auf dem slowenischen Markt ist die Firma *Telemach*, die u.a. der Slowenischen Bahn gehört; weiters sind zu erwähnen: die Elektrizitätsgesellschaft *Eles*, der öffentlich-rechtliche Rundfunksender *RTV Slovenija*, oder die Gemeindeverwaltung von *Ljubljana*.

Der verstärkte Wettbewerb hat im Mobilfunkbereich zu deutlichen Preissenkungen geführt, während im Festnetzbereich die früher sehr niedrigen Preise etwas angestiegen sind.

## 12. Verkehr

Slowenien liegt am Schnittpunkt alter Verkehrswege, zwischen Alpen, pannonischer Ebene und Adria. Diese geographische Lage wird beim weiteren europäischen Integrationsprozess eine bedeutsame Rolle spielen. Durch Slowenien verlaufen etwa die europäischen Transportkorridore Nr. 5 (*Venedig – Kiev*) und Nr. 10 (*Salzburg – Thessaloniki*). Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch der Hafen von *Koper*, der nur eine Tagesreise von allen wichtigen zentraleuropäischen Destinationen entfernt liegt.

Neben der Errichtung neuer und dem Ausbau bereits existierender Straßenverbindungen gilt dem Ausbau und der Modernisierung des überalteten Schienennetzes die Hauptaufmerksamkeit (z.B. 2000 Fertigstellung der fehlenden Eisenbahnverbindung mit Ungarn). Ein weiterer Schwerpunkt ist der Ausbau der Strecke *Divica – Koper* bis 2006 in Erwartung der Zunahme des Frachtverkehrs über den Hafen von *Koper* (von derzeit 8,5 Mio. Tonnen auf über 10 Mio. im Jahr 2005). Von 2000-2004 erhielt Slowenien deshalb etwa 8 Mio. € jährlich aus dem *ISPA*-Programm, das der Finanzierung großer Infrastrukturvorhaben in den Bereichen Umwelt und Verkehr dient.

*Slovenske zeleznice (SZ)*, die Slowenische Bahn, ist ein zu 100% staatliches Unternehmen mit etwa 8.800 Beschäftigten und weiteren 2.400 Angestellten in ausgegliederten Betrieben. Das Unternehmen fährt jährlich Verluste von bis zu 10% gemessen am Umsatz ein und ist bereits schwer verschuldet. Erhalt und Ausbau der Infrastruktur sowie die Abdeckung des v.a. aus dem Personenverkehr entstehenden Defizits kommen aus Mitteln des staatlichen Budgets.

Während die Preise für den Personentransport staatlich geregelt sind, wurden die Frachtpreise bereits liberalisiert. *SZ* hat unterdessen auch begonnen, seine Züge – z.T. mit italienischen *Pendolinos* – zu modernisieren und eine Neugliederung des Unternehmens in drei Geschäftsbereiche (Frachttransport, Personentransport, Infrastruktur) vorzunehmen. Darüber hinaus sollen weitere Rationalisierungen und der Abbau der Verwaltung des Unternehmens auf den verstärkten Konkurrenzdruck nach dem EU-Beitritt des Landes vorbereiten.

Der öffentliche Transport auf der Straße wird von Unternehmen durchgeführt, die sich entweder im Besitz des Staates oder der Gemeinden befinden. Allerdings hat der Anteil am öffentlichen Straßenverkehr zwischen 1998 und 2002 um 45% abgenommen. Nur etwa ein Drittel des Personenverkehrs auf der Straße ist öffentlich. Slowenien rangiert mit 450 Pkws auf 1000 Einwohner bereits jetzt im mittleren Drittel der EU-Staaten.

## 13. Wasser

Slowenien besitzt – ähnlich wie Österreich – einen natürlichen Reichtum an Wasservorkommen. Der Wasserverbrauch hat sich in den letzten Jahren sehr unterschiedlich entwickelt. Während der Verbrauch durch die Privathaushalte von 1980 bis 1994 um 21% zunahm, war im Industriesektor im selben Zeitraum ein Rückgang von etwa 50% zu verzeichnen.

Die Qualität der Oberflächengewässer, die in Slowenien nicht als vorrangige Quelle zur Trinkwassergewinnung genutzt werden, hat sich seit 1990 etwas verbessert, was nicht zuletzt auf die verringerte Industrieproduktion zurückzuführen ist, die für etwa 60% des Schadstoffeintrags verantwortlich ist. Die Wasserqualität in den Binnenseen und im Küstenbereich der Adria muss aber teilweise als problematisch angesehen werden, was durchaus negative Auswirkungen auf die Nutzung für touristische Zwecke haben kann. Unter Berücksichtigung der bestehenden EU-Standards wurde nur 70–80% der slowenischen Badegewässer eine ausreichende Qualität bescheinigt.

Die insgesamt positive Entwicklung gilt für die Qualität des Grundwassers nicht in der gleichen Weise. In einigen Regionen ist das Grundwasser durch die intensive landwirtschaftliche Nutzung erheblich mit Nitraten und Pestiziden belastet. In industriell stark entwickelten Gebieten ist eine Belastung des Grundwassers mit organischen Verbindungen, Lösungsmitteln, Ölen, Schwermetallen etc. festzustellen. Auch mangelhaft gesicherte Mülldeponien haben mancherorts zu Verunreinigungen geführt.

Der Zustand des Trinkwassers, das zu etwa 60% aus Grundwasservorkommen gewonnen wird, kann aus den genannten Gründen nicht in allen Regionen als zufriedenstellend angesehen werden. Der kritische Zustand der Wasserqualität ist vorrangig auf den Umstand zurückzuführen, dass lediglich etwas mehr als die Hälfte der anfallenden Abwässer in Kläranlagen behandelt werden kann, die sich zudem in der Regel nicht auf dem neuesten Stand der Umwelttechnik befinden. Es wird davon ausgegangen, dass bisher nur etwa 30% der städtischen Abwässer einer „geeigneten“ Behandlung im Sinne der EU-Regelungen unterzogen wurden; nur 53% der Haushalte besaßen Ende der 90er-Jahre einen Kanalanschluss. Der Aufbau kommunaler Kläranlagen gehört deshalb zu den Schwerpunkten des *ISPA*-Programms in Slowenien.

Obwohl öffentlich-private Betreibermodelle in Slowenien bislang nur selten zum Einsatz gekommen sind, soll in Zukunft ein immer größer werdender Betrag der Umweltschutzinvestitionen auf diese Weise realisiert werden. Insgesamt stehen bis zum Jahr 2008 Investitionen von über 2,7 Mrd. € an, die sich jeweils zu etwa 40% auf die Wasserwirtschaft sowie auf die Abfallbeseitigung konzentrieren. Knapp die Hälfte davon entfallen unmittelbar auf Industrie und Landwirtschaft und sind als Folge des anstehenden EU-Beitritts nötig.

Die Beträge, die in Projekte der Abwasserbeseitigung im öffentlichen Eigentum bis 2008 fließen sollen, werden zu 55% aus dem Staatshaushalt bzw. aus Steuereinnahmen finanziert und nur zu einem geringen Teil aus den Gemeindehaushalten. Für immerhin 22% des vorgesehenen Betrages sind „sonstige Quellen“ eingeplant. Dabei handelt es sich überwiegend um *Public Private Partnership*- (PPP) oder *Build, Operate, Transfer*- (BOT) Modelle.

Hauptbeispiele für „gemischte“ Konzessionsprojekte sind die Kläranlagen und Kanalisationsnetze von *Lendava*, *Maribor*, *Murska Sobota* und *Kranjska Gora* (letztere mit deutscher Beteiligung). Im Bereich der Abwasserentsorgung sind bis 2006 neue Vorhaben u.a. in *Bled* sowie in *Krsko-Brezice* geplant. Das neue Klärwerk in *Ljubljana*, das 2006 fertiggestellt sein soll und für das die österreichische *Aqua Engineering*-Gruppe den Bauauftrag erhalten hat, wird dagegen komplett aus öffentlichen Mitteln – einschließlich EU-Hilfen – finanziert. Die Investitionen sind auf 50 Mio. € veranschlagt. Dazu kommen noch neue Anlagen in *Celje*, *Sostanj-Velenje* sowie *Slovenska Bistrica*, *Slovenj Gradec* und *Dravograd* – alle ebenfalls mit „traditioneller“ Finanzierung. Mittelfristig geplante Vorhaben, für die über die Art der Finanzierung noch nicht entschieden ist, sind u.a. Klärwerke und Kanalisationsnetze für *Koper* und *Piran* (für 120.000 Einwohner ausgelegt mit Baubeginn 2004), *Litija*, *Zagorje*, *Trbovlje* und *Hrastnik* (60.000 Ew., ab 2004), *Ptuj* (30.000 Ew., ab 2005) sowie für *Novo Mesto* (45.000 Ew., ab 2006). In die Trinkwasseraufbereitung soll im Gebiet *Semic-Metlika-Crnomeelj* (ab 2005), in der Region *Koper-Piran* (ab 2006) sowie entlang der Mur (ab 2007) investiert werden.

## 14. Wohnen

Nach der Volkszählung von 1991 gab es in Slowenien 640.195 Haushalte und mehr als 652.000 Wohneinheiten – allerdings besaßen etwa 60.000 dieser Wohnungen keine sanitären Einrichtungen und etwa 27.000 waren reine Wochenendhäuser oder als Büros genutzte Wohnungen. Das bedeutet, dass in den Städten ein akuter Wohnungsmangel besteht, verbunden mit hohen Mieten und langen Wartezeiten auf Sozialwohnungen (derzeit fehlen etwa 11.000 Einheiten).

Die slowenischen Mieter besitzen einen ausreichend guten Mieterschutz, und jene, die über eine Sozialwohnung (etwa 80.000 Mieter) verfügen, haben damit auch einen unbefristeten

Mietvertrag und eine sozial verträgliche, nach oben begrenzte Miete; sozial bedürftige Personen haben darüber hinaus einen gesetzlichen Anspruch auf Mietkostenbeihilfe.

Grundsätzlich ist die Gesetzeslage in Slowenien stark auf den sozialen Wohnbau ausgerichtet. Ein Gesetz aus dem Jahr 1997 weist dem Staat bzw. der Gemeinde ein Vorrecht auf ungenutztes Bauland zu, das sogar ein Recht auf Enteignung beinhaltet. Das Gesetz ermutigt die Gemeinden allerdings auch dazu, beim Bau neuer Sozialwohnungen mit privaten Investoren zu kooperieren. Bereits 1991 wurde außerdem ein Wohnungsfonds eingerichtet, der z.T. aus Budgetmitteln, z.T. aus den Erlösen der vorangegangenen Privatisierung staatlicher Wohnungen dotiert ist, und günstige Wohnbaukredite an Private, aber auch an gemeinnützige Wohnbaugesellschaften vergibt.

Allerdings ist die Bautätigkeit im sozialen Wohnbereich in den letzten Jahren stark zurückgegangen; der Großteil der neu errichteten Wohnungen orientiert sich am freien Markt. Dazu kommt, dass ein bedeutender Teil des in den 60er- und 70er-Jahren errichteten Bestandes an Sozialwohnungen bereits gravierende bauliche Mängel aufweist.

## 15. Quellennachweis

Hrvatin, Sandra B. / Milosavljevic, Marko: *Medien in Slowenien*. In: Internationales Handbuch Medien 2002/2003, Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg (Hgb.), Baden-Baden, 2002, pp. 584-92.

Hrvatin, Sandra B. / Milosavljevic, Marko: *Rundfunk in Slowenien*. In: Internationales Handbuch für Hörfunk und Fernsehen 2000/2001, Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg (Hgb.), Baden-Baden, 2000, pp. 591-97.

Jakubowski, Elke (Ed.): *Health Care Systems in Transition, 2002 Slovenia*.

*Private Sector Participation in Municipal Water Services in Central and Eastern Europe and Central Asia; The World Bank/OECD, 2002.*

Sascha, Zisel: *Politische und institutionelle Transformation Ost-Mitteleuropas im Zuge der Integration in die Europäische Union. Prozesse und Konsequenzen am Beispiel Sloweniens*. Magisterarbeit, Konstanz 1997.

*Slovenian National Report on Habitat Agenda Implementation ; Ministry of the Environment and Spatial Planning, 2001.*

## 16. Internetlinks

<a href="http://europa.eu.int/scadplus/leg/de">http://europa.eu.int/scadplus/leg/de</a>	Die europäische Union Online, Zusammenfassungen der Gesetzgebung, Erweiterung
<a href="http://www.auswaertiges-amt.de/">http://www.auswaertiges-amt.de/</a>	Auswärtiges Amt Berlin
<a href="http://www.coess.org">http://www.coess.org</a>	Confederation of European Security Services
<a href="http://www.culturalpolicies.net">http://www.culturalpolicies.net</a>	Compendium Cultural Policies in Europe
<a href="http://www.ejc.nl/">http://www.ejc.nl/</a>	European Journalism Centre
<a href="http://www.eupha.org">http://www.eupha.org</a>	European Public Health Association
<a href="http://www.eurydice.org/">http://www.eurydice.org/</a>	Das Informationsnetz zum Bildungswesen in Europa
<a href="http://www.fe.doe.gov/">http://www.fe.doe.gov/</a>	U.S. Department of Energy, Office of Fossil Energy
<a href="http://www.iut.nu">http://www.iut.nu</a>	International Union of Tenants
<a href="http://www.rtv slo.si">http://www.rtv slo.si</a>	RTV Slovenija
<a href="http://www.sigov.si/">http://www.sigov.si/</a>	Slovene Government Website
<a href="http://www.who.dk/">http://www.who.dk/</a>	World Health Organization Regional Office for Europe